

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 2

Artikel: Blasen in die Glut der Qualifizierung, aber : wer wird verblasen?

Autor: Ackermann, Ewald

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Blasen in die Glut der Qualifizierung, aber:

Wer wird verblasen?

Hochgradig wertschöpfend muss die hiesige Industrie sein, damit sie überleben kann. Umfassende Qualifizierung heißt die gewerkschaftliche Antwort darauf. Aber: lassen sich alle umqualifizieren? Fragen zu einem Loch gewerkschaftlicher Theorie, aber auf Praxis zielend.

Gesichert ist der in Thesenform gewundene Gedankengang zwar nicht. Aber wer mit Industriekennern über die Zukunft des Werk- und Industrieplatzes Schweiz diskutiert, bekommt auffällige Übereinstimmung serviert. Der Industriestandort Schweiz, wird da prophezeit, werde nur überleben, wenn er sich durch eine hohe Wertschöpfung auszeichne. Hohe Wertschöpfung werde erzielt durch technologische Innovation, entsprechende Investitionen und entsprechend erweitertes Know-how derer, die als arbeitende Menschen noch in diese Produktion eingebunden seien. Erwartet wird – die Gewerkschaften nahmen es dankbar auf – nicht so sehr die vollautomatisierte Fabrik, die die benötigten Qualifikationen der verbleibenden ArbeitnehmerInnen polar auseinanderreißt in da blass Überwachende und hier intelligente Planende. Vorausgesagt wird eher eine berufliche Requalifizierung der Facharbeit, die beim Einsatz der ersten Technologiegeneration abgewertet worden sei. Nichts weniger als das «Ende der Arbeitsteilung», vorausgesetzt die Gewerkschaften bewiesen genügend Gestaltungswillen, erwarteten etwa die Wissenschaftler Kern und Schuhmann in den 80er Jahren.

1. In der Schweiz überlebt nur eine hochgradig wertschöpfende Industrie.

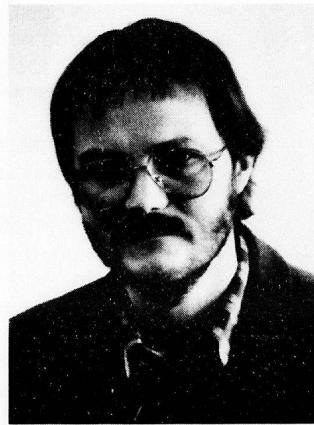
Für die Gewerkschaften hiess die Lösung, dem industriellen Strukturwandel zu begegnen, also Qualifizierungsoffen-

sive. Erkannt ist die Wichtigkeit der Bildung als eines Mittels zur Teilhabe an einer zukunftssträchtigen Arbeitswelt. 1985 legte der SGB ein neues Berufsbildungskonzept vor, 1989 wurde dieses um den Bereich der beruflichen Weiterbildung ergänzt. Das Konzept verstand sich als allgemein richtungsweisender Wurf, den die einzelnen Gewerkschaften branchenmäßig anzupassen hätten. Festzustellen ist, dass dieses Konzept bis heute nur ungenügend umgesetzt werden konnte. Nicht zuletzt wohl deswegen, weil in den einzelnen Gewerkschaften viel an Berufsbildungskompetenz schlechend und unmerklich verloren gegangen ist. Es fehlte jene mittlere Ebene, die die groben SGB-Forderungen auf das Feld der konkreten Praxis hätte führen können. Dessen ungeachtet bzw. davon losgelöst verstärkten aber auch einzelne Gewerkschaften ihre beruflichen Anstrengungen zum Teil massiv.

Um die Polarisierung der Qualifikationen zu verhindern, haben die Gewerkschaften also theoretisch eindeutig und richtig mit «mehr Bildung demokratisch streuen» geantwortet und teils auch praktische Schritte dazu unternommen. Den Gewerkschaften, bzw. den mit ihnen verbündeten Kräften, gelang es schliesslich auch, den ursprünglich noch bescheideneren Teil der BIGA-Bildungs offensive für die schwach Qualifizierten zu vergrössern.

2. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten wird sich weiter reduzieren.

So schüren und schürten die Gewerkschaften eine Qualifizierungsglut, der auch von Seiten der Arbeitgeber keine grundsätzliche Opposition erwuchs. Konfliktbeladen ist «nur» die Frage, wer denn für die Kosten der Weiterbildung – und da sind weit mehr als ein paar Kurse zu berappen – aufkommen muss. Aber eines haben die Gewerkschaften in



Von Ewald Ackermann

ihrem aufklärerischen Glauben an das Allheilwundermittel der beruflichen Bildung vergessen: den mehr als möglichen Fakt, dass sich wohl nicht alle ArbeitnehmerInnen entsprechend weiterbilden und umqualifizieren lassen. Die Praxis heute verlangt keine Kursänderung in der gewerkschaftlichen Bildungspolitik. Aber sie legt uns gebieterisch komplementäre Fragen nahe: Wo landen ArbeitnehmerInnen von Indu-

strien, die gewaltig abspecken, die ihre Produktion ins Ausland verlegen? Und selbst wenn es in einem einzigartigen Bildungswunder gelänge, all jene heute durch den konjunkturellen wie den strukturellen Gang der Dinge Freigesetzten für zukunftsträchtige industrielle Produktion zu qualifizieren: bräuchte diese noch soviel Arbeitende?

3. Nicht alle ArbeitnehmerInnen lassen sich höher qualifizieren.

Kann das Gewerbe die industriell Freigesetzten auffangen? Wie weit? Und wenn es so wäre: wieweit würde dies von den Betroffenen als Zurückstutzung empfunden? Hüten wir uns vor Pauschalurteilen. Fragen wir uns vor allem doch auch, wo und was für Alternativen es denn für diejenigen unter den Entlassenen gibt, deren Talente vor allem im Manuellen liegen, die nur mit Mühe eine Fremdsprache erlernen würden, die mit der Informatik nichts am Hut haben. Zum Teil ist dies ja die traditionelle Klientel der Gewerkschaften. Wo landen diese Leute? Sicher nicht alle beim Staat, der wenigstens eine einigermassen zum Leben reichende Bezahlung offerierte. Sicher nicht alle im Gewerbe, und wenn, dann nicht als FacharbeiterInnen, sondern als HandlangerInnen. Also bleiben Stellen bei wachsenden halbinformellen Branchen: in der Reinigung, in der Vergnügungs- inklusive Sexindustrie, in Tourismus und Gastgewerbe, in der Spedition, in einem Von-Fall-zu-Fall-Un-

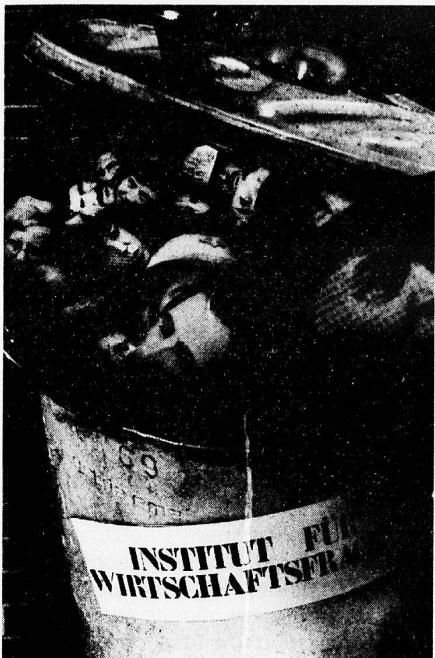


Foto Walter Erb

ternehmertum und Tagelöhnerdienste, kurz: in meist prekären Arbeitsverhältnissen.

Fassen wir einmal eine Zwischenbilanz. Die Thesenfolge lautet zugespitzt: Nur eine Industrie mit hoher Wertschöpfung überlebt. Die Werkstattbeschäftigen reduzieren sich. Hohe Wertschöpfung bedingt auf Seiten der ArbeitnehmerInnen höhere Qualifikationen. Nicht alle lassen sich höher qualifizieren. Nicht alle, die sich qualifizieren liessen, werden in der redimensionierten Industrie Platz finden. Die traditionell wachsenden Bereiche des tertiären Sektors werden nicht alle Freigesetzten aufsaugen. Die gewerkschaftlichen Kräfte sind zu schwach, um Arbeitszeitverkürzungen in einem Ausmass durchzuführen, dass allen wieder Arbeit garantiert würde.

4. Die freigesetzten Opfer des industriellen Strukturwandels dürften in prekäre Arbeit, damit in Gewerkschaftswüsten fallen.

- Frage 1 lautet daher: Was passiert mit den so Freigesetzten? – Antwort 1: Vermutlich dürfte ein grosser Teil von ihnen einer prekären Arbeit nachgehen.
- Frage 2 lautet: Hat es gesellschaftliche Kräfte, die für dieses Problem ansatzmäßig eine Lösung bereit hielten? – Antwort 2: Ausser Ansätzen, die auf ein garantiertes Mindesteinkommen setzen, sind zumindest mir keine Kräfte, die noch auf die Arbeitswelt setzen, bekannt.
- Frage 3 lautet: Haben die Gewerkschaften als soziale Modellieferanten für diese Menschen ein Konzept? – Antwort 3: Sie haben nur insoweit ein Konzept, als dieses auf verbesserte Leistungen der sozialen Versicherungs- resp. der staatlichen Institutionen rekurriert (was natürlich auch schon einiges ist).

- Frage 4 lautet: Haben die Gewerkschaften als Institutionen, die möglichst viel Mitglieder an sich binden möchten, ein Konzept dafür, wie sie die Freigesetzten in ihre Reihen einbinden könnten? Antwort 4: Die Gewerkschaften haben kein Konzept, aber sie haben das Schlagwort der Begründung gewerkschaftlicher Wüsten und ein paar vage Ideen dazu. Und weil es das Leichteste ist, haben sie bereits einmal ihre Statuten gelockert.

Soweit unser kleines Frage-Antwort-Spiel. Süffisant ist es nicht gemeint. Als moralischer Imperativ ist die Notwendigkeit, jene vermehrt an sich zu binden, die sonst durch zu viele Maschen der sozialen Kontrolle fallen, teils erkannt. Organisationsphantasie aber blüht wenig. Und Statutenrevisionen wirken bei Betroffenen nicht. Gewerkschaften, die in jene Bereiche prekärer Arbeit vordringen wollen, in denen Ausbeutung ein Kennzeichen der Arbeit ist, wissen, wie schwierig diese Arbeit ist. Wie viele Quetschungen und blaue Flecken, bis da einmal der Fuss drinnen ist! Wenn man ihn aber einmal drinnen hätte und eine kombatante Strategie aufzöge, dann

wären auch diese sonst so wenig fassbaren Patrons zu echten Verhandlungen zu zwingen. Denn das sollten die Gewerkschaften bedenken: ist der Ablauf prekärer Arbeit einmal gestoppt, dann werden grössere Kreise der Gesellschaft in direkte Mitleidenschaft gezogen als beim grössten Marmorstreik. Wenn die Müllabfuhr streikt, oder die Putzequipen, oder die ZeitungsverträgerInnen oder wenn in Zermatt während dreier Tage kein Bettanzug mehr gewechselt würde ...

5. Die Gewerkschaften scheinen zu schwach, als dass sie allein im Bereich der prekären Arbeit eine neue Organisation aus der Taufe heben könnten.

Vielleicht braucht es gar nicht so kombattant zuzugehen. Wir wollen ja nur hinweisen auf die simple Tatsache, dass zu handeln sei und dass Verweigerung von Arbeit, von der man annimmt, die sie Ausführenden seien leicht ersetzbar, fatale Folgen haben kann. Wir rufen nach Organisationsphantasien, um ein uns zentrales Problem langsam in den Griff zu bekommen. Das Echo ist dürrig. Aber uns scheint, es schalle zurück, dass ein (brachliegender) Fonds de roulement nicht genüge. Vielleicht wären primär der Staat, sekundär Institutionen aus dem sozialen Umfeld um organisatorische Hilfe anzugehen. Ich weiss, wie die Kräfte in den Parlamenten verteilt sind. Aber vielleicht gibt es auch auf bürgerlicher Seite Einsichtige, die vermuten, dass von der Allgemeinheit in irgendeiner Form zu bezahlende Folgekosten von sozialer Desintegration teurer zu stehen kommen als organisatorisch finanzielle Hilfen an etwas, das wir hier behelfsmässig «Tieflohnarbeitsmarktforschungen» oder «Gewerkschaft für prekäre Arbeit» nennen. Also Hilfe an Organisationen, die Folgekosten an der Wurzel, und damit radikal, angriffen. Denn gross ist die Gefahr, dass Gewerkschaften allein zu wenig Wasser schöpfen können, um ihre Wüsten zu begrünen.